

Russland Roman Abramowitsch gibt Gouverneursposten in der Polarregion auf

# Gott von Tschukotka ist abgetreten

Multimilliardär Abramowitsch trat auf eigenen Wunsch als Gouverneur von Tschukotka, einer gottverlassenen Polarregion, zurück.

Christian Weisflog, Moskau

Von der Hölle in den Himmel, vom Waisenkind zum Milliardär, von der Eiswüste zur Steueroase: Das sind Geschichten, die das Leben selten schreibt. Es sind Wundergeschichten aus Tschukotka, der Halbinsel am nordöstlichen Zipfel des eurasischen Kontinents, wo im Winter die Sonne nie auf- und im Sommer nie untergeht. Hier in der Eiswüste am Polarkreis hatte der Multimilliardär Roman Abramowitsch vor acht Jahren eine weitere Spielwiese gefunden, um mit seinem Geld die Welt nach seinen Wünschen zu gestalten.

## Aufbau mit eigenem Team

1999 kandidierte der heutige Besitzer des Londoner Fussballclubs Chelsea in Tschukotka für einen Sitz im nationalen Parlament. In einer Region, in der die Uhren seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion rückwärts liefen, leitete seine Wahl eine Zeitenwende ein. Ohne staatliche Subventionen war die auf Rohstoffabbau konzentrierte Wirtschaft in Tschukotka Anfang der 90er Jahre fast vollständig zusammengebrochen. Was es noch zu holen gab, landete in

den Taschen des korrupten Gouverneurs Alexander Nasarow. Die Jungen und die Schlangen wanderten aus. Die zurückgebliebenen Familien harteten in den wenigen noch beheizbaren Gebäuden aus und ernährten sich von Fisch und Rentierfleisch, wie die Ureinwohner. Die Bevölkerungszahl sank von 170 000 auf 50 000.

Nach seiner Wahl schiffte Abramowitsch Lebensmittel, kanadische Fertighäuser und Treibstoff nach Norden und liess Schulkinder in den Sommerferien ans Schwarze Meer fliegen. Im Oktober 2000 wurde der damals 34-Jährige zum Gouverneur gewählt – mit 92 Prozent der Stimmen. Endlich wurden die Löhne wieder regelmässig ausgezahlt – aufs Bankkonto, abrufbar per Plastikkarte, um spontane Wodka-Einkäufe zu erschweren. Zum Aufbau einer neuen Infrastruktur brachte Abramowitsch seine eigene Mannschaft mit – Manager seiner Ölfirma Sibneft. Die Hauptstadt Anadyr erinnere an Berlin nach der Wende, berichtete die Iswestja: Überall töne der Lärm von Vorschlagshämmern, Baukränen und Betonmischern. Türken und Kanadier bauten neue Hotels, Ex-Jugoslawen brachten den Flughafen auf internationalen Standard. In der ganzen Provinz gibt es zurzeit über 800 Baustellen. In Abramowitschs Amtszeit versechsfachte sich das regionale Bruttosozialprodukt, und der Durchschnittslohn beträgt rund 700 Euro. Die Bevölkerung wächst wieder, und die Geburtenzahlen nehmen zu. Bei einer Internet-Umfrage auf [www.chukotken.ru](http://www.chukotken.ru) wussten vor zwei Jahren 20 Prozent aller Teilnehmer auf die Frage «Wer ist für Sie Abramowitsch?» nur eine Antwort: «Gott».

## Rätseln um Beweggründe

Viel wurde darüber spekuliert, warum der zweitreichste Russe sich der ärmsten Landesregion annahm. Und warum er zu Gunsten des Gouverneurspostens auf die strafrechtliche Immunität eines Duma-Abgeordneten verzichtete. Manche führen seine Grosszügigkeit auf die eigene schwere Kindheit zurück: Bereits mit vier Jahren hatte Abramowitsch Vater und Mutter verloren. Verbreitet ist auch die Meinung, Tschukotka sei die Strafe des Kremls dafür, dass «Roma» wie die meisten Oligarchen nicht legal zu seinen ersten Millionen kam. Gehegt wurde auch die Ver-



Tschukotkas wohlthätiger Gouverneur ist abgetreten: Roman Abramowitsch in einer Aufnahme aus dem Jahr 2001 in der Wildnis von Tschukotka. (ap)

mutung, der ehemalige Sibneft-Hauptaktionär wolle sich die Bodenschätze Tschukotkas unter den Nagel reissen. Tatsächlich gibt es hier Öl und Gas, für das Sibneft sich Förderlizenzen gesichert hatte, doch der Abbau am Polarkreis ist schwierig und bisher unrentabel. Die plausibelste Erklärung für Abramowitschs Tschukotka-Abenteuer ist, dass sich der Multimilliardär in Tschukotka ausnehmend günstige Steuerbedingungen geschaffen hat. 2004 wurden Ermittlungen gegen die Regierung in Tschukotka eingeleitet. Eine Reihe von Konzernen sollen durch eine Registrierung in der ostsibirischen Provinz Steuern umgangen haben. Mittlerweile hat sich Abramowitsch – dessen Vermögen auf über 20 Milliarden Dollar geschätzt wird – längst aus dem Erdölbusiness zurückgezogen und Sibneft an Gazprom

verkauft. Für Tschukotka ein herber Schlag: Die Region verlor Steuereinnahmen von 100 bis 200 Millionen Dollar jährlich. Mit dem Verkauf seiner Erdölfirma schien der Milliardär auch das Interesse am politischen Amt verloren zu haben. Mehrmals hatte der Chelsea-Eigner in den vergangenen zwei Jahren Präsident Wladimir Putin vergebens gebeten, ihn von der Bürde des Gouverneurspostens zu befreien. Nun erfüllte ihm Putins Nachfolger Dmitrij Medwedew vergangene Woche den Wunsch und nahm Abramowitschs Rücktritt an. Ganz will sich der Gott von Tschukotka jedoch nicht von seinem gelobten Land abwenden: Ein Sprecher des Oligarchen liess gestern mitteilen, dass Abramowitsch sein geschäftliches und wohlthätiges Engagement in der Region weiterhin aufrechterhalten wolle.



## Kolumbien

### Ingrid Betancourt bei guter Gesundheit

Die kolumbianische Politikerin Ingrid Betancourt hat die mehr als sechs Jahre dauernde Geiselhaft in den Händen der Farc-Rebellen offenbar ohne gesundheitliche Schäden überstanden. «Die Ärzte haben mich mit guten Nachrichten überhäuft», sagte die 46-Jährige am Samstag nach einer langen Untersuchung im französischen Militärspital Val-de-Grâce dem Fernsehsender France 3. Sie sei «sehr, sehr überrascht», dass die Gefangenschaft im Dschungel an ihrem Körper keine bleibenden Spuren hinterlassen habe. In einem Interview mit der Sonntagszeitung «Journal du Dimanche» kündigte Betancourt an, «in einigen Tagen» nach Kolumbien zurückzukehren.

### Videoaufnahmen veröffentlicht

Das kolumbianische Militär veröffentlichte am Wochenende Videoaufnahmen, um Berichten über eine inszenierte Befreiung und eine Lösegeldzahlung entgegenzutreten. Das Westschweizer Radio RSR hatte am Freitag unter Berufung auf eine absolut zuverlässige Quelle gemeldet, es seien rund 20 Millionen Dollar Lösegeld gezahlt worden. Kolumbien, die USA und Frankreich dementierten umgehend. Das Video zeigt, wie die Geiseln mit Plastikfesseln an den Handgelenken zum Helikopter geführt werden. Eine weitere Szene zeigt ihre Freude, als sie erfahren, dass sie frei sind. (afp/dpa)

## G-8-Gipfel Heute beginnt das Treffen in Japan

### Lebensmittelkrise und Klima im Zentrum der Gespräche

Am G-8-Gipfel in Japan werden sich die Staats- und Regierungschefs vor allem mit der Lebensmittelkrise und dem Klimaschutz befassen.

Die Staats- und Regierungschefs der sieben führenden Industrienationen und Russlands (G-8) kommen heute in Toyako zusammen. Als Gäste haben sie Kollegen aus 14 weiteren Staaten eingeladen. EU-Kommissionschef Jose Manuel Barroso zeigte sich gestern überraschend zuversichtlich, dass die USA und andere reiche Nationen einer deutlichen Senkung ihres Treibhausgasausstosses zustimmen könnten. Er werde mit Nachdruck konkrete mittelfristige Verpflichtungen fordern.

US-Präsident George W. Bush sagte, er wolle sich beim Thema Klima konstruktiv verhalten. «Ich bin immer dafür eingetreten, dass es eine gemeinsame Verständigung geben muss, und das fängt mit einem Ziel an», sagte er nach einem Treffen Japans Ministerpräsident Yasuo Fukuda. Er sei aber auch realistisch genug, zu sagen, «dass wir das Problem nicht lösen, wenn China und Indien dieses Bestreben nicht teilen». Vertreter beider Länder werden in Toyako dabei sein, wenn es um den Klima-

schutz geht. Sie fordern gemeinsam mit anderen Entwicklungs- und Schwellenländern mehr Anstrengungen von den reichen Nationen. Die USA lehnen es hingegen ab, sich auf konkrete Klimaschutzziele festzulegen, solange die beiden Länder nicht auch entsprechende Schritte unternehmen.

Der britische Premierminister Gordon Brown forderte die G-8-Staaten auf, in ihrem Kampf gegen Armut und Klimawandel trotz der angespannten Weltwirtschaft nicht nachzulassen. «Die gegenwärtige Wirtschaftskrise bedeutet vielmehr, dass wir unsere Bemühungen verstärken müssen», sagte er in einem Zeitungsinterview. Papst Benedikt XVI. rief die G-8-Staaten auf, die Hilfe für die Ärmsten und die Schwächsten in den Mittelpunkt ihres Gipfels zu stellen.

### Demonstration in Sapporo

Schnelles Handeln bei Lebensmittelkrise und Klimawandel forderten auch die Demonstranten in Sapporo. Auch japanische Fischer und Reisbauern nahmen an den Kundgebungen teil, die weitgehend friedlich verliefen. Vier Personen wurden laut Polizei am Samstag festgenommen. Der Tagungsort wurde von den rund 21 000 Polizeikräften auf Hokkaido bereits abgeriegelt. Während dreier Tage tagen die Politiker in einem Hotel in einem Naturschutzgebiet. (reu/afp)

## Atomstreit

### Solana zu Gesprächen mit Teheran bereit

Nach drei Sanktionsrunden des Unosicherheitsrats zeichnet sich im Atomkonflikt mit Iran eine neue Gesprächsrunde ab. EU-Chefdiplomat Javier Solana erklärte sich am Wochenende zu einem Treffen mit dem iranischen Chefunterhändler Said Dschalili bereit. Die Beratungen würden in den kommenden beiden Wochen stattfinden, sagte Irans Aussenminister Manuschehr Mottaki. Dennoch pochte die Regierung in Teheran weiterhin auf ihr Recht eines eigenen Uran-Anreicherungsprogramms. Solana hatte im Auftrag der fünf Vetomächte des Unosicherheitsrats und Deutschlands Iran ein Paket aus wirtschaftlichen und politischen Anreizen angeboten. Im Gegenzug verlangen die Staaten einen Stopp der Anreicherungstechnik, die auch zum Bau von Atomwaffen genutzt werden kann. Am Freitag überreichte Iran Solana seine offizielle Antwort auf das Paket. Einzelheiten wurden zunächst nicht bekannt.

Jüngste Gerüchte über einen möglichen israelischen Angriff auf iranische Atomanlagen haben die Sorgen vor einer Eskalation des Konflikts verstärkt und zu den Rekordpreisen am Ölmarkt beigetragen. Israel hatte in der ersten Juniwoche Bombenangriffe auf iranische Atomanlagen geprobt. Iran seinerseits drohte am Samstag mit einer Schliessung der Strasse von Hormus, sollten seine Interessen in der Golfregion missachtet werden. (reu/afp)

## Pakistan

### Blutiges Attentat in Islamabad

In der pakistanischen Hauptstadt Islamabad sind bei einem Selbstmordanschlag auf eine Gruppe Polizisten mindestens 19 Menschen getötet worden.

Ein Jahr nach der Erstürmung der Roten Moschee in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad sind bei einem Selbstmordanschlag auf eine Gruppe von Polizisten unweit des Gebäudekomplexes mindestens 19 Menschen getötet worden. Nach Angaben der Polizei sind unter den Toten 15 Polizisten. «Ein junger Mann lief auf die Polizeieinheit zu und sprengte sich dann offenbar in die Luft», sagte ein hochrangiger Polizeibeamter gestern. Der Anschlag ereignete sich, als die Demonstration bereits zu Ende war. Eine grosse Gruppe Polizisten stand an einer grossen Kreuzung mehrere hundert Meter von der Moschee entfernt, als der Attentäter zuschlug. Zuvor hatten dort mehr als 12 000 Islamisten friedlich gegen den Sturm auf das Gotteshaus vor einem Jahr protestiert. Tausende Polizisten sollen zum Schutz der Kundgebung im Einsatz gewesen sein. In Sprechhören hatten die Demonstrationen unter anderem Vergeltung für die am 10. Juli vergangenen Jahres von Präsident Pervez Musharraf angeordnete Erstürmung des von extremistischen Korrumpierten besetzten Gotteshauses gefordert. Damals waren mehr als 100 Menschen ums Leben gekommen.

### Waffenruhe am Khyber-Pass

Unterdessen haben Sicherheitskräfte und militante Islamisten im Grenzgebiet zu Afghanistan eine vorläufige Waffenruhe vereinbart. Nach der Intervention örtlicher Vermittler im Konflikt in der Khyber-Stammesregion seien die Anhänger des radikalislamischen Predigers Mungl Bagh bereit, Verhandlungen über ein Ende der Kämpfe aufzunehmen, sagte ein Sprecher der aus Stammesältesten bestehenden Vermittlergruppe am Samstag in Peshawar. (dpa/reu)

## In Kürze

### Israel öffnet Übergänge

Jerusalem. Israel hat gestern einige Übergänge zum Gazastreifen wieder geöffnet. Damit sollen offenbar die Verhandlungen mit der radikalislamischen Hamas um eine Herausgabe des gefangenen Soldaten Gilad Schalit vorangehen werden. Die Kontrollpunkte von Sufa, Nahal Os und Eres seien nicht mehr geschlossen, teilte ein Sprecher mit. Waren wie Treibstoff und Grundversorgungsmittel dürften wieder in den Gazastreifen eingeführt werden. (afp)

### Ausnahmezustand beendet

Ulan Bator. Vier Tage nach den Ausschreitungen in der Mongolei hat die Regierung den Ausnahmezustand am Samstag wieder aufgehoben. In einer Fernsehansprache forderte Präsident Nambariin Enkhbayar, den Streit um das Wahlergebnis friedlich beizulegen. Nachdem die regierende Revolutionäre Volkspartei (MRVP) den Sieg bei den Wahlen für sich reklamiert hatte, brannten Oppositionelle die Zentrale der MRVP nieder. Bei den Ausschreitungen starben fünf Menschen. (afp)

### Beweise für Wahlbetrug

Harare. Ein geschmuggeltes Video bietet neue Beweise für offenen Betrug bei der Präsidentschaftswahl in Simbabwe. Die Filmaufnahmen zeigen, wie Gefängniswärter beim Ausfüllen von Briefwahlunterlagen von Anhängern des Präsidenten Robert Mugabe aggressiv unter Druck gesetzt werden. (dpa/afp)

### Luftangriff wird untersucht

Kabul. Nach einem US-Luftangriff im Nordosten Afghanistans hat Präsident Hamid Karsai eine Untersuchung angeordnet. Laut dem Provinzgouverneur wurden dabei 16 Zivilisten getötet; die US-Koalition sprach dagegen von Aufständischen. (afp/reu)